

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.  
Verlagsnummer 25 241.  
Nur für Nachgelassene: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. des 15. Juni 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.  
Polbezugpreis für Monat Juni 2,50 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 10 mm breite Reklamzeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Obergrenze 10 Pfg. Zusam. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:  
Martenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Steffens & Neisner in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutscher Quersprache („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Die Kabinettsbildung vor dem Abschluß.

### Dr. Marx angeblich zu wesentlichen Zugeständnissen in der Frage der Gutachtenverhandlungen bereit Frankreichs Sozialisten gegen den Eintritt in die Regierung. — Die Unterfuchung des Affentals auf Dr. Seipel.

#### Zuversicht Dr. Marx.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 3. Juni. Reichskanzler Marx rechnet mit Sicherheit damit, daß im Laufe des heutigen Tages die Umbildung des Reichskabinetts erfolgt, und daß er sich morgen mit dem neuen Kabinettsprogramm vor dem Reichstag vorstellen wird.

Im Reichstage gingen heute vormittag die Verhandlungen zwischen den Fraktionen im Sinne der Bildung eines großen Bürgerblocks weiter. Die deutschnationale Reichstagsfraktion stellte für ihre Beteiligung eine Reihe von Forderungen auf, die den Gegenstand der Erörterungen bildeten.

Wie von parlamentarischer Seite verlautet, soll Dr. Marx wesentliche Zugeständnisse seiner Partei in Aussicht gestellt haben, falls die Deutschnationalen sich entschließen sollten, in die Regierung einzutreten. Er sei damit einverstanden, daß bei den Verhandlungen über das Sachverständigengutachten die Kriegsschuldfrage sowie die politischen Vorbehalte über die sogenannten Ehrenpunkte in den Vordergrund geschoben werden. Weiter hat es den Anschein, als ob die Zentrumsfraktion an der Person Dr. Stresemanns nicht unbedingt festhalte. Die von den Deutschnationalen aufgestellte Forderung des völligen Kurswechsels wird von den Mittelparteien nach wie vor als unannehmbar betrachtet, ebenso wie sich die Deutschnationalen überhört nicht darauf einzulassen wollen, einer Fortsetzung des bisherigen Regierungsstufes zuzustimmen. Nach der „Deutschen Zeitung“ rechnet man jedoch damit, daß selbst in diesem Punkte eine Verständigung herbeigeführt werden kann, indem man sich auf eine Mittellinie einigt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kann mit voller Bestimmtheit erklären, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion die überaus schweren Bedenken gegen ein Kabinetts Marx nur dann zurückstellen wird, wenn der Deutschnationalen Volkspartei der ihrer Stärke entsprechende Einfluß sowohl im Reich wie in Preußen in vollem Umfang zugesichert wird. Von mittelparteilicher Seite wird erklärt, daß die Beilegung des Außenministeriums und im Zusammenhang damit die Frage der Außenpolitik den allerwichtigsten Gegenstand der gestrigen Besprechungen bildete.

Nach dem „B. T.“ soll eine Einigung zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen erreicht sein. Die Deutsche Volkspartei soll ihren Führer Stresemann jassen lassen und sich damit einverstanden erklärt haben, daß das Ministerium des Auswärtigen einem parteipolitisch nicht abgehempelten Diplomaten anvertraut werde. Auch in der Preußenfrage solle sie bereit sein, dem deutschnationalen Diktat auf Befriedigung der großen Koalition, die Preußen zum Herr der Ordnung gemacht hat, zu gehorchen und in eine Auflösung des Landes zu willigen. Die Demokraten wollen von einem Zusammenarbeiten mit Deutschnationalen nichts wissen. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat den Reichskanzler aufgefordert, zu einer Regierungsbildung auf Grund des bestehenden Regierungskurses zu schreiten.

„Vorwärts“, „Vollstreckung“ und „Germania“, die Organe der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums laugen an, nervös zu werden. Namentlich ist es dem „Vorwärts“ anlässlich der Tatsache einer bevorstehenden Einigung unter den bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten unbehaglich zu Mute. Er fragt: Wenn die Deutschnationalen einen neuen Schachzug führen, wenn Scholz und die Volkspartei sich vor einer Entschöpfung drücken wollen, dann verhandeln sie aufs neue. Dieses Schachmanne müsse einmal ein Ende haben. Regierung mit den Deutschnationalen bedeute Verzicht auf die bisherigen Außenpolitik, bedeute Gefährdung der Lebensinteressen unseres Volkes, bedeute Gefährdung von Verfassung und Republik, bedeute unter dem Gesichtspunkte der Verant-

wortung: Vernachlässigung der wohlverdienten Pflicht dem Volke gegenüber, um einiger parteipolitischer Vorteile halber.“

Die „Germania“ verlangt, daß heute endgültige Klarheit geschaffen werde, und daß kein Augenblick länger mit der Regierungsbildung gezögert werde. Inzwischen dauern die Bemühungen der Demokraten und Sozialdemokraten, das Ausland gegen einen Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung zu mobilisieren, fort. Bestern wollte man im Reichstage wissen, daß der englische wie der amerikanische Botschafter bei Dr. Stresemann vorstellig geworden wären. Sie hätten darauf hingewiesen, daß die Verzögerung in der deutschen Regierungsbildung im Auslande sehr beunruhigt hätte. An amtlicher Stelle wurde bestätigt, daß die beiden genannten Diplomaten im Auswärtigen Amte vorgeprochen haben. Ueber den Inhalt der Besprechungen wurden jedoch Mitteilungen nicht gemacht. Tausch für die Verhinderung, eine Einmischung des Auslandes in die deutsche Regierungsbildung zu erreichen, sind Neukierungen, die Abg. Breitscheid (Soa.) in einem Gespräch mit dem Vertreter einer schweizerischen Zeitung gemacht hat, deren Inhalt dem „Vorwärts“ drahtlich übermittelt wird. Das Blatt stellt fest, daß Breitscheid die Würdelosigkeit soweit treibe, auch in ausländischen Blättern seinen Feldzug gegen die Deutschnationalen zu führen.

#### Tagung der preußischen Zentrumsfraktion.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)  
Berlin, 3. Juni. Die neuen Verhandlungen Marx mit den Deutschnationalen werden heute früh wenig aussichtsreich beurteilt. Der entscheidende Vorküh der Deutschnationalen gegen die Große Koalition in Preußen hat zu unerwarteter Einberufung der Zentrumsfraktion des preussischen Landtages für heute mittag 12 Uhr geführt. Sollte es Dr. Marx gelingen, die Grundlage für eine Regierungsbildung mit den Deutschnationalen zu gewinnen, dann würde noch diese Woche die Auflösung der Großen Koalition in Preußen bringen.

#### Der Oberpräsident der Rheinprovinz an Eberl.

Angelegliche Forderungen des Rheinlandes zur Regierungsbildung.

(Durch Funktelegramm.)

Berlin, 3. Juni. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Reichsminister a. D. Juch, hat nachstehendes Telegramm an den Reichspräsidenten gerichtet:

Millionen Deutsche können jetzt angesichts furchtbarer Geldnot nicht leben und sterben. Vordringlich die Befreiung auf baldigste Lösung des Reparationsproblems hält den gänzlichen Zusammenfall der Wirtschaft auf. Mit schmerzhaftem Vertrauen erwartet die Bevölkerung des besetzten Gebietes das ungeheure Zustandekommen einer Regierung die auf der Grundlage des Programms der Parteien der Mitte die bevorstehenden für Deutschlands Zukunft entscheidenden Verhandlungen führen soll. Die Bevölkerung des Rheinlandes würde es unverständlich finden, wenn parteipolitische Erwägungen die Lösung der entscheidenden Krise auch nur um einen weiteren Tag verschoben würden. Zustand nicht im Jahre 1923 würden die Rheinlande nicht noch einmal feierlich überwinden. Die Erbitterung ist um so größer, weil man auf der anderen Seite wirklichen Einlenken sieht, das man nicht durch parteipolitische Halsstarrigkeit von Volkvertretern, die des Rheinlandes Bedeutung und Not offenbar nicht richtig würdigen, erschlagen wissen möchte. Als Vetter der bedrängten Rheinprovinz mit sieben Millionen Menschen erhebe ich warnend und beschwörend in letzter Stunde meine Stimme. Wir haben bisher alles Leid für das Vaterland gern ertragen aber man soll mit unserer Liebe zum Vaterland keine Experimente machen.

Juch, Präsident der Rheinprovinz.

## Herriots Regierungsprogramm.

### Keine Ruhrräumung vor Wirksamwerden des Dawesberichts.

#### Ein Brief Herriots an den Sozialistenführer.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 3. Juni. Herriot hat heute an den Führer der Sozialisten Blum einen Brief gerichtet, in dem er das politische Programm seiner Partei darlegt. Auf innerpolitischem Gebiet verlangt er Abschaffung der Verbordnungen, die unter dem Ermächtigungsgesetz entstanden sind. Aufrechtserhaltung des Streichholzmonopols, allgemeine Amnestie, soziale Befriedung, Aufhebung der Vorkriegszeit an dem Vatikan, Verrückung der Militärdienstzeit. Auf finanziellen Gebiet verlangt er zunächst die Aufstellung eines Inventariums, das sozusagen ein Vorwort zu dem unter der neuen Regierung aufzustellenden ersten Budget darstellt. Weiter erklärt sich Herriot als prinzipieller Anhänger der strengsten Aufrechterhaltung des Budgetgleichgewichts. Auf außenpolitischem Gebiet ist die Partei entschlossen, mit allen Mitteln den Frieden durch Verständigung unter den Völkern aufrechtzuerhalten. Dieser Frieden, so heißt es in dem Brief, für den wir mit unserer ganzen Kraft arbeiten werden, wird nur dann wirksam sein, wenn Frankreich, getreu seiner demokratischen Mission und seiner Verpflichtungen, die es während

des Krieges übernommen hat, die Rolle des Völkerbundes verstärkt und erweitert sowie die Wirksamkeit der internationalen Institutionen, wie des Gerichtshofes im Haag und des internationalen Arbeitsamtes. Der Völkerbund kann nicht von sich aus die Rolle spielen, die wir erwarten und die uns vor den Schrecken eines Krieges bewahren kann, sondern nur dann, wenn er alle Völker umfasst, die entschlossen sind, sein Statut zu respektieren.

Wir nehmen ohne jeden Interdubium den Sachverständigenbericht an. Unsere Partei hat die Politik der Milderung und der Gewalt bekämpft, die zur Ruhrbesetzung führte und zur Ergründung personeller Pfänder, aber bei dem Zustande, in dem sich Deutschland gegenwärtig befindet, und bei der Notwendigkeit, nicht nur Frankreich, sondern auch alle Länder zu schützen, glaubt unsere Partei, daß es

nicht möglich ist, das Ruhrgebiet zu räumen, bevor die Sicherheiten, die in dem Sachverständigenbericht vorgelesen sind, wirksam werden.

und bevor sie von den internationalen Organisationen, die damit beauftragt sind, sie zu verwalten, übernommen worden sind.

#### Entscheidungsvolle Tage für Oesterreich.

Wah sich Oesterreich zum zweitenmal an den Völkerbund verkaufen?

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Das infame Verbrechen an dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel fällt in eine Zeit höchster politischer Bedeutung für Oesterreich, da auf der nächsten Völkerbundtagung in Bezug auf Oesterreich einschneidende Beschlüsse gefasst werden müssen. Der nachfolgende Artikel behandelt die gegenwärtigen politischen Kernfragen Oesterreichs, deren grundsätzliche Vertretung vor dem Völkerbundrat durch die Arbeitsunfähigkeit Dr. Seipels ernstlich gefährdet erscheint.

Wien, 1. Juni.

Gegenwärtig finden im Hauptauschuß der österreichischen Nationalversammlung, der die prominentesten Führer aller Parteien umfasst, geheime Beratungen über die weitere Entwicklung, über die finanzielle Bindung Oesterreichs an die Kontrolle des Völkerbundes statt. Will der ab Mitte Juni tagenden Beratung des Völkerbundes sich Oesterreich den Versuch machen, die es an Genf bindenden Fesseln zu lockern. Ueberdies wollte Bundeskanzler Dr. Seipel im Juni versuchen, beim Völkerbund eine Revision des Genfer Abkommens, betreffend das sogenannte Normalbudget, durchzuführen. Nach dem mit dem Völkerbund 1922 getroffenen Abkommen soll das künftige Normalbudget Oesterreichs mit 350 Millionen Goldfrenken bilanziert werden. Es hat sich herausgestellt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein so tiefes Niveau nicht zu erzielen ist. Dr. Zimmermann hat in seinem letzten Monatsbericht an der Hand des Märzbudgets 1924, welches 700 Milliarden Papierfrenken beträgt, für das ganze Jahr ein budgetäres Gleichgewicht in der Höhe von 583 Millionen Goldfrenken errechnet. Das wäre nahezu das Doppelte des im Genfer Vertrage ausgefachten Betrages. Dr. Zimmermann verweist in allen seinen Berichten darauf, daß die österreichische Regierung bei der Sanierung des Staatshaushaltes nicht den vorgeschriebenen und vereinbarten Weg eingehalten hat. Es wurde zu wenig gespart und zu viel eingenommen. Es wurde die für Ersparungen im Staatshaushalte unbedingt notwendige Verwaltungsreform nicht durchgeführt, die Steuerlast der Bevölkerung jedoch auf ein geradezu unerträgliches Maß erhöht. Es besteht kein Zweifel darüber, daß bei der Entscheidungsschlacht im Juni Dr. Zimmermann in demselben Sinne an das Völkerbundskomitee berichten wird, und daß die Stimme des mit der Ueberwachung und Durchführung des Genfer Vertrages betrauten Generalkommissärs mehr in die Waagschale fallen wird als die Stimme der österreichischen Regierung.

Von vornherein betrachtet, könnte es gleichgültig erscheinen, ob die Ausgaben größer sind, sofern nur die Einnahmen in einem adäquaten oder sogar vorprägenden Tempo erhöht werden können. Beim österreichischen Problem handelt es sich jedoch um die Frage, ob die momentan günstige staatsfinanzielle Entwicklung eine Dauererscheinung oder eine Konjunkturercheinung ist. Daß man es mit einer letzteren zu tun haben könnte, beweist zunächst einmal die Entwicklung der österreichischen Handelsbilanz. Der Passivsaldo der österreichischen Handelsbilanz beträgt im Januar und Februar 1924 190 Millionen Goldfrenken gegen 100 Millionen im Vorjahre. Es betrug die Einfuhr 392 Millionen Goldfrenken gegen 296 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres, die Ausfuhr 142 Millionen gegen 135 Millionen. Danach ist die Einfuhr in viel stärkerem Maße gestiegen als die Ausfuhr, namentlich im Kohlen. Es wurden davon um zwei Millionen Meterzentner mehr aus dem Auslande bezogen und hierfür um 7,5 Millionen Goldfrenken mehr ausbezahlt. Auch an Nahrungsmitteln und Getreiden ist wesentlich mehr eingeführt worden. Besonders auffallend ist aber die starke Steigerung der Einfuhr von Fertigwaren. Das Passivum der Handelsbilanz betrug 17 Monate durchschnittlich über 90 Millionen Goldfrenken, und wenn die Entwicklung anhält, wird es noch wesentlich größer sein als im Jahre 1923, in dem sich ein Passivum von 818 Millionen Goldfrenken ergab. Man sieht also, daß die Steigerung der Einfuhr von Fertigwaren, die auf die Dauer kaum durch die Zahlungsbilanz wettgemacht werden dürfte, bei Beurteilung der österreichischen staatsfinanziellen Entwicklung zur Vorsicht mahnt.

Ein weiteres Moment, das zur Skepsis mahnt, liegt in dem bevorstehenden Begegnen des neuen autonomen Zolltarifes, von dem man eine neue Steuerungsquelle erwartet, die die Preise der Bedarfsgüter um mindestens 20 Prozent erhöhen könnte. Mit Aufstreifen des neuen Zolltarifes und mit der sich daranschließenden Lohnbewegung tritt nicht nur das Genfer Sanierungswerk, sondern auch die österreichische Wirtschaft in ihr kritisches Stadium.

Diesen Momenten ist nun die Tatsache entgegenzusetzen, daß gerade die gegenwärtige Krisen- und wirtschaftliche Stagnation einen eintönigen Beweis dafür liefern, daß die Beilegung des Andauerdefizits durch die über Erwartungen hohen Steuerbeträge eines einzigen Jahres nicht dauernd erfolgen kann. Diese hohen Steuerbeträge, auf die der österreichische Finanzminister immer wieder verweist, die für das gegenwärtige Staatbudget Oesterreichs sogar die monatlichen Ausbeuten des Völkerbundes entbehrlich gemacht haben und die den Sozialdemokraten Anlaß zu immer wieder erneuten Forderungen an den Bund liefern, stammen aus dem Sumpfboden einer ungesunden und wie sich jetzt zeigt, direkt schädlichen Erscheinung der Spekulation, sind also ein Zufallsprodukt, aber keine